

Wo keine Zeuginnen sind, gibt es keine Täter

Von Michael Schwelien

Rund 500.000 Frauen werden nach Angaben der EU jährlich in Westeuropa zur Prostitution gezwungen. Die Mehrzahl der Opfer stammt aus Osteuropa (siehe Karte). Nur selten wird gegen die Zuhälter und Menschenhändler ermittelt. In Deutschland wurden laut *Lagebild Menschenhandel* des Bundeskriminalamts (BKA) im vergangenen Jahr lediglich 289 Ermittlungsverfahren eröffnet. Knapp fünf Prozent der von der Polizei entdeckten Prostituierten sind minderjährig. Über die Hälfte der Frauen sind bei der Anwerbung über den wahren Grund der Einreise getäuscht worden, viele wurden durch Künstleragenturen oder Zeitungsinserate angeworben. Knapp 40 Prozent der Menschenhändler sind Deutsche; und rund ein Viertel der Tatverdächtigen sind Frauen.

Die Verurteilungsquote liegt laut Kriminalstatistik nur bei knapp zehn Prozent, wobei das Strafmaß von zehn Jahren für schweren Menschenhandel kaum ausgeschöpft wird. Die Gewinne aus der Prostitution werden so gut wie nie eingezogen. Den meisten Frauen, die bei Razzien in Bordellen aufgegriffen werden, droht sofortige Abschiebung. Und von denjenigen, die legal nach Deutschland eingereist sind, haben viele nur ein dreimonatiges Touristenvisum. Für die Prostitution, die eine legale Erwerbstätigkeit ist, müssten die Frauen eine Arbeitserlaubnis haben, die Touristinnen jedoch nicht gewährt wird. Strafbar macht sich eine Frau auch, wenn sie etwa als Au-pair-Mädchen oder als Künstlerin eine Arbeitserlaubnis hat, in Wirklichkeit aber der Prostitution nachgeht. So kommt es beim Verdacht auf Prostitution und Menschenhandel auch deshalb selten zu Verurteilungen, weil die Opfer nach ihren ersten Vernehmungen gleich abgeschoben werden und als Zeuginnen nicht mehr zur Verfügung stehen.

Selbst in Fällen schlimmster Ausbeutung besteht eine unheilige Allianz zwischen Zuhältern und Prostituierten. Die Zuhälter wollen ihre Bordelle behalten, die Frauen haben Angst, in ihre Heimatorte abgeschoben zu werden, die sie aus materieller Not verlassen haben und in denen sich bei der Rückkehr leicht herumspricht, was sie im Ausland gemacht haben. Überdies drohen die in internationalen Banden organisierten Zuhälter ihren Opfern schwerste Repressalien an, sollten sie aussagen.

Nur Zeugenschutzprogramme, bei denen den Frauen Polizeischutz, eine finanzielle Hilfe (nach den Asylbewerbergesetzen) und psychologische Betreuung gewährt wird, ermöglichen es den Opfern, die oft ein bis zwei Jahre dauernden Prozesse durchzustehen und gegen die modernen Sklavenhändler auszusagen. Im vergangenen Jahr wurden laut *Lagebild* des BKA nur 5,5 Prozent der bekannt gewordenen Opfer in solche Zeugenschutzprogramme aufgenommen.

Nackte Gewalt

Männer kaufen in Deutschland Sex, ohne Fragen zu stellen. Die Justizministerin möchte, dass den Kunden von Zwangsprostituierten künftig Gefängnis droht. Von Florian Klenk

Irina Nabreko* dachte, sie könne in Deutschland als Callgirl Geld verdienen und ihren Sohn ernähren. Vielleicht träumte sie auch von ein wenig Luxus, den es in Russland für sie nicht gab. Jetzt sitzt sie im Gerichtssaal in Berlin-Moabit und erzählt, wie sie mit einem Knebel im Mund durch ein Hotelzimmer robbte, weil sich, wie die Dolmetscherin übersetzt, »ein feiner Herr in einen Teufel verwandelt« hatte. Mit einer Peitsche »aus edlem Leder« habe er sie geschlagen. Drei Stunden lang habe sie gebetet, dass die Tortur ein Ende nimmt, dass der Kunde zum Hörer greift, ihren Zuhälter anruft und sagt: »Hol das Mädchen ab, es kann nicht mehr.« Nein, mit »diesem Wahnsinn« hatte Irina nicht gerechnet. Doch sich zu weigern, sagt sie, wäre »noch schmerzhafter gewesen«.

Oder Martina Breslowska*, Grundschullehrerin aus Moskau. Sie vertraute sich einem Russen an, der ihr einen Job in einem Restaurant versprach. Doch dann »wurde sie mit den russischen Worten *dawai dawai rabota* (Los, los, arbeite!, *Anm. der Red.*) zur Aufnahme der Prostitution aufgefordert«, wie die Anklage festhält. Lehnte Martina Breslowska »Kunden« ab, wurde sie geprügelt. Für 40000 Euro, so der Staatsanwalt, wurde sie an einen Freier verkauft. Ein Gutachten hält fest: »Sie hat keinen männlichen Freund mehr gehabt, weil sie Männern – anders als vor der Tat – nicht mehr unbefangenen gegenüber treten kann.«

Oder Eva Santora* aus Brasilien. Als »Tänzerin« hatte sie sich beworben, 9000 Euro in drei Monaten wurden ihr von einer Agentur versprochen. In Wahrheit waren es 20 Euro pro Tag, von denen sie auch noch »Vermittlungsgebühren« abzustottern hatte. »Aufgrund ihrer Mittel- und Orientierungslosigkeit«, so die Staatsanwaltschaft, »gab sie dem Verlangen des Angeschuldigten nach, sich zu prostituieren.« Was das heißt? In der Anklage steht es so: »Er zog ihr die Hose herunter. Als sie versuchte, aus dem Zimmer zu laufen, ergriff er (der Zuhälter, *Anm. der Red.*) die Geschädigte, drehte diese um, nahm ihren Kopf und drückte diesen nach vorne. Sodann versuchte er in die Scheide der Geschädigten einzudringen. (...) Er stieß sie in den Toilettenraum und schlug dort mehrfach auf sie ein.«

Irina Nabreko, Martina Breslowska und Eva Santora: In ihren Verfahren vor dem Berliner Landgericht geht es um Zuhälterei, um Menschenhandel, um Zwangsprostitution. Die drei Frauen sind als Zeuginnen geladen. Barbara Petersen, ihre Anwältin, sagt: »Es gibt immer wieder Freier, die wissen, dass mit solchen Frauen etwas nicht in Ordnung ist. Ja, einige wollen sie sogar freikaufen.« Angeklagt sind bislang allerdings nur die mutmaßlichen Zuhälter, nicht ihre »Kunden«. Genau das will die Große Koalition künftig ändern.

Bereits vor fünf Jahren wurden Prostituierte durch das rot-grüne Prostitutionsgesetz besser gestellt. Ihre Arbeit sollte nicht mehr »sittenwidrig« sein. Die Idee: Je stärker die Rechte der Frauen, desto unwahrscheinlicher, dass sie für Zuhälter unter Zwang arbeiten müssen. Menschenhändler wurden härter bestraft. Nur jene, für die der Sklavenmarkt betrieben wird, blieben weitgehend ungeschoren: die Freier. Nun will die Bundesregierung, wie es im Koalitionsvertrag heißt, die »Strafbarkeit der Freier von Zwangsprostituierten regeln«. Ein Gesetzesvorschlag des Bundesrates liegt bereits zur Begutachtung vor. Wer sich »die Notlage von sexuell ausgebeuteten Frauen zunutze macht«, riskiert demnach fünf Jahre Knast. Noch in diesem Jahr soll der Bundestag über das Gesetz entscheiden.

Es werde in der Praxis schwierig sein, Freier zu überführen, räumt Justizministerin Brigitte Zypries im Gespräch mit der *ZEIT* ein (siehe Seite 5), doch müssten die Freier endlich zu »mehr Aufmerksamkeit und Verantwortung« gezwungen werden. In der Praxis werden von Justizbehörden vor allem Telefonüberwachungen von Callgirl-Agenturen und Bordellen sowie die Aussagen von Opfern herangezogen, um gegen Kunden zu ermitteln. Freier werden darauf achten müssen, wer den Lohn entgegennimmt, ob Frauen verstört oder gar misshandelt wirken, ob sie selbst über den »Schandlohn« verhandeln – oder der Zuhälter im Hintergrund. Die Neuregelung dient nicht der Moral, sondern der Bekämpfung eines alltäglichen Sklavenmarktes.

Man kann die Erkundung dieses Marktes im Saal 537 des Landgerichtes Berlin beginnen, bei all den Frauen, die Barbara Petersen hier vertritt. Die Advokatin vertrat vor drei Jahren eines der Opfer jener Callgirl-Agentur, die auch den TV-Moderator Michel Friedman mit Zwangsprostituierten versorgte. Die Öffentlichkeit bekam damals Einblicke, wie die in Inseraten beworbenen »ukrainischen Nymphen« von ihren Zuhältern misshandelt werden. Die Schriftstellerin Karen Duve fragte: »Wie können so viele Männer in und auf Frauen ejakulieren, ohne deren Not zur Kenntnis zu nehmen?«

Ohne prominente Freier ist der Frauenmarkt kein Skandal, sondern Alltag. Darum verfolgt jetzt auch kein Gerichtsreporter die Verhandlung. Angeklagt ist der Berliner Zuhälter Markus R.*. Ein blasser Mann, der mit einer Mischung aus Aggression und Nervosität an die Decke des Gerichtssaales blickt, als ein Mädchen mit Sommersprossen und Pferdeschwanz in den Zeugenstand tritt. Die Zeugin – es ist Irina Nabreko – spricht so leise, dass die Dolmetscherin näher rücken muss. Sie erzählt nicht die Geschichte vom unschuldigen Mädchen, das von skrupellosen Menschenhändlern eingesperrt wurde. Ihre Wahrheit ist diffiziler.

Irina Nabreko berichtet, wie sie langsam die Macht über ihren Körper an diesen Zuhälter verlor: »Er sagte, du musst die Beste sein. Er sagte, mit normalem Sex wirst du niemanden überraschen. Dafür haben die Männer ja ihre eigenen Frauen.« Die Russin ahnte damals nicht, was er mit »überraschen« meinte und was sich hinter der Bezeichnung »Callgirl« verbarg. Als sie es spürte, war es zu spät. Markus R. bewarb sie in Inseraten als »Sklavia«. Langsam begriff Irina Nabreko, was es hieß, in einer Nacht zehn, zwanzig Kunden zugestellt zu werden. Darunter »Alte, Grobe und Schmutzige«, wie sie erzählt. Als sie einen Freier abweisen wollte, wurde er, wie Irina es nennt, »sehr, sehr böse«.

Danach, sagt sie, habe sie »schwere Schmerzen gehabt«. Seitdem lehnte sie keinen mehr ab. Erst nach Monaten gelang ihr die Flucht.

Glaubt man Ermittlern, dann handelt es sich bei der Zwangsprostitution um ein Massenphänomen. Detlef Ubben ist Chef der Abteilung Menschenhandel beim Hamburger Landeskriminalamt, er schätzt: »95 Prozent der Prostituierten sind Zwangsprostituierte.« Was bedeutet das? Ubben: »Diese Frauen arbeiten nicht auf eigene Rechnung und nicht selbstbestimmt. Wenn sie sich verweigern, setzt eine brutale Gewaltkulisserie ein.« Den Frauen blieben nur zehn Prozent des Lohnes.

Der Ermittler Ubben startete in Hamburg, der Stadt der Reeperbahn, ein bundesweit einzigartiges Modellprojekt. Anstatt zu warten, bis Opfer an die Wachzimmertür klopfen, durchforstet sein Team die Callgirl-Annoncen der Zeitungen, um »offensiv ins Milieu« zu gehen. Die Polizisten besuchen Bordelle und überreichen den Frauen Visitenkarten der Polizei, um so ihr Vertrauen zu gewinnen. Die meisten Prostituierten, sagt Ubben, »sind zwar von Frauenhandel betroffen, aber sie sehen sich selbst nicht als Opfer«. Doch »fast immer«, sagt der Polizist, »setzt irgendwann der Druck ein«. Was darunter zu verstehen ist? Zunächst fiktive Schulden. Dann Drohungen, auch gegen Verwandte in den Heimatdörfern. Schließlich Prügel »zur Abschreckung«. Manchmal, sagt Ubben, »gab es auch Massenvergewaltigungen«. Was Freier wissen müssen? »Die Wahrscheinlichkeit, auf eine Frau zu stoßen, die nicht will, ist sehr, sehr hoch.« Was müsste geschehen? Das angeblich älteste Gewerbe der Welt, sagt Ubben, sollte endlich gewerberechtlich konzessioniert werden können. Wer dann noch in ein illegales Bordell gehe, nehme in Kauf, gehandelte Frauen vor sich zu haben. Macht die Bestrafung der Freier Sinn? Ubben argumentiert ähnlich wie die Justizministerin: Die Frauen stünden unter enormem Druck, nicht gegen ihre Peiniger auszusagen. »Aber so ein Gesetz hätte auch Signalwirkung. Die Freier müssen begreifen, dass da ein Mensch vor ihnen liegt.«

Der alltägliche Sklavenmarkt. Man kann den brutalen Handel mit Frauen nicht nur in den Städten, sondern vor allem auch in der Provinz aufspüren, am besten dort, wo noch immer die Schengen-Grenze die Welt der Wohlhabenden von den ärmeren Teilen Europas trennt. An der deutsch-tschechischen Grenze bei Cheb etwa. Abends leuchten Schilder mit der Aufschrift »Täglich frische Mädchen!«. Vor einem Container mit dem Schriftzug »Thaimassage« steht ein Auto mit Kindersitz. Ein schwangeres Roma-Mädchen am Straßenrand winkt den Vorbeifahrenden. Die Fenster der Häuser sind mit schwarzen Folien verklebt. Ganze Dörfer scheinen nur noch aus Bordellen zu bestehen. 100000 deutsche Freier, so die Schätzungen der Behörden, kommen jährlich hierher. Manche Busse tragen die Aufschrift »Ficken Tour«. Wo Deutschland endet, nehmen sich Deutsche alle Freiheiten heraus.

Nicht zuletzt diesem Sextourismus will die Große Koalition ein Ende setzen. Das neue Gesetz soll ausdrücklich auch für Deutsche gelten, die für eine billige Nummer nach Tschechien fahren und dabei die Augen vor der Not der Frauen verschließen. »Tag für Tag«, so die Begründung des Gesetzesentwurfes, »macht sich eine Vielzahl von Freiern die Notlage von Zwangsprostituierten im Grenzgebiet zu den ehemaligen Ostblockstaaten zunutze.«

Die Frauen arbeiten in alten Weinkellern, Schuppen und Wohnwagen, in Feldern und Wäldern – und natürlich in den unzähligen Bordellen: bieder wirkenden Einfamilienhäusern mit blickdicht eingezäunten Gärten. In der Pusa-Bar, einem Club mit Perserteppich-Imitaten, Plastikrosen und schwülstigen Polstersesseln, erscheint gerade Kundschaft. Männer mit Anzug und Krawatte erkundigen sich bei Petar, einem Mann in Trainingsanzug und mit Cartier-Panther um den Hals, ob sie das halbnackte Mädchen, das am Tresen eine Cola trinkt, mitnehmen dürfen. Sie wiegt, wie der Barbesitzer Petar preist, »keine 40 Kilo«. Er sagt: »Deutscher Mann steht auf solche Frau.«

Streng genommen dürfte es Bordelle nach tschechischem Recht gar nicht geben, erklärt der Polizeichef von Cheb, Jaroslav Kerbic. Doch weil die Etablissements »Nachtbar« oder »Penzion« heißen, können sie mitsamt ihrer deutschen Klientel ganze Dörfer zerstören. Man muss einmal mit Ludmilla Irmischer durch diese Region fahren, um zu verstehen, dass es hier nicht um Moral, sondern um alltägliche Gewalt geht.

Es ist kurz nach Mitternacht, die Straßenmärkte der Vietnamesen sind weggeräumt, und Irmischer, eine gebürtige Slowakin, steuert ihren silbernen Škoda durch die »rechtsfreie Zone« rund um die deutsch-tschechische Grenzstadt Aš. Sie arbeitet für den sächsischen Sozialverein Karo und kennt viele der Freier, die hier oft stundenlang durch die Straßen schleichen. Ein paarmal pro Woche fahren Irmischer und ihre Kollegen von der Zentrale des Vereins in der sächsischen Stadt Plauen hierher. Auf dem Rücksitz ihres Wagens liegt ein Beutel mit Kondomen, Gleitmitteln, Spritzen und rosa Schwämmen – Spezialtampons für Prostituierte. Die Mitarbeiterinnen von Karo verteilen diese Hygieneartikel an die Mädchen in den Dorfbordellen, in den Roma-Vierteln und auf dem Straßenstrich, wo nicht nur viel zu junge Mädchen, sondern auch völlig verwirrte und ganz offensichtlich misshandelte oder behinderte Frauen auf Kundschaft warten. Die Frauen hier, sagt Irmischer, lebten in ständiger Angst, es sei schwer, an sie heranzukommen, früher oder

später würden sie sich »die Welt schön saufen«, oder sie seien »völlig ausradiert« von einer Droge namens Pernik – einem Amphetamin, das hier mit Waschpulver gestreckt und gespritzt wird.

Was diese Szenerie so verrückt macht: Während die Sozialarbeiterinnen ihre durch Spenden finanzierten Tampons verteilen, fahren Freier mit deutschen Autokennzeichen vorbei. Und dann erscheinen die Zuhälter. Sie sitzen mit Ruderleibchen in schwarzen Autos, die ein Vermögen kosten. Wenn sie anhalten, öffnen die Mädchen ihre Bauchtaschen und reichen ihnen das Geld.

Irmscher bremst an einer Holzbaracke, in der drei Mädchen warten. Sie sagen, sie seien 18 Jahre alt, und signalisieren, dass sie jetzt nicht lange sprechen können, weil um die Ecke der Zuhälter parkt. Irmscher reicht ihnen Kondome durchs Fenster. Ein Mädchen diktiert ihr ein Münchner Kennzeichen. Der Fahrer habe sie nackt an einen Baum gebunden, erzählt sie, dann vergewaltigt und auf einem Feld ausgesetzt. »Die Freier hier«, sagt Irmscher, »sind oft schwer gestört. Sie schneiden den Frauen gerne mal die Haare ab oder setzen sie im Wald aus. Sie leben ihre Fantasien aus, für die sie in deutschen Bordellen eins auf die Fresse kriegen würden.« Und auch die Zuhälter seien brutaler: Würden Frauen widersprechen, käme es schon mal vor, dass sie »für einige Zeit in eiskaltes Wasser gesetzt« oder mit dem »Aufhängen an den Beinen« bedroht würden. Über 200 Frauen habe Karo bereits »rausgebracht«: »Manche springen einfach ins Auto und wollen, dass wir mit ihnen nach Deutschland abhauen.«

Die Sozialarbeiterinnen von Karo verfolgen verschiedene Ziele. Zunächst wollen sie die Frauen vor schweren Krankheiten bewahren – die meisten der Prostituierten sind bereits mit Hepatitis, HIV, aber auch zunehmend mit Syphilis infiziert. Darüber hinaus wollen Irmscher und ihre Kollegen einen Einblick in die »Szene« bekommen. Wie brutal sind die Freier? Woher kommen die Frauen? Es ist schwer, das herauszufinden. »Hier werden die Mädchen ja ständig von einem Dorf ins andere verschoben«, sagt Irmscher.

Während die Politik die Freierbestrafung diskutiert, um den Frauen zu helfen, kämpft Karo ums Überleben. In der tschechischen Dependence des Vereins steht gerade einmal ein alter gynäkologischer Stuhl. Kein Arzt findet sich, um die Mädchen zu untersuchen. Das ist kein Zufall. Der selbstzufriedene wirkende Polizeichef der Stadt Cheb, Jaroslav Kerbic, beklagt, die Sozialarbeiter hätten »Schande über die Stadt gebracht«. Es sei doch schon genug Schmach, dass die deutschen Freier kämen. Man brauche nicht auch noch deutsche Frauen, die den Tschechen erklärten, was hier auf den Straßen eigentlich los sei. Auf der anderen Seite der Grenze hat der konservativ regierte Freistaat Sachsen Karo die Fördermittel gestrichen, weil es ja kein deutsches, sondern ein tschechisches Problem sei, um das sich der Verein kümmere. Dazu kommt noch der Skandal, den Cathrin Schauer, mehrfach ausgezeichnete Chefin von Karo, ausgelöst hat. Im Auftrag von Unicef hatte die streitbare Krankenschwester niedergeschrieben, was sie hier selbst gesehen haben will: Kinderprostitution und Pädophilie. Das war kurz vor dem EU-Beitritt des Landes. Die Innenminister Deutschlands und Tschechiens versicherten sich gegenseitig, Karo übertreibe. Seither lebt der Verein von begrenzten EU-Subventionen und Privatpenden, etwa von Alice Schwarzer.

Wie repräsentativ ist das, was Helfer wie Ludmilla Irmscher Tag für Tag erleben? Kürzlich legte die London School of Hygiene & Tropical Medicine eine sozialmedizinische Studie über Zwangsprostituierte in Europa vor. Die Forscher hatten Polizisten, Richter, Sozialarbeiter und Prostituierte interviewt. Alle befragten Frauen, so heißt es in der Studie, »gaben an, zu sexuellen Praktiken gezwungen worden zu sein«. Die meisten hatten zwischen zehn und 25 Männer täglich zu bedienen, manche bis zu 50. Die Mädchen berichteten von Gruppenvergewaltigungen, sie gaben an, mit Messern oder Zigaretten verwundet und vor allem immer wieder für lange Zeit alleine eingesperrt worden zu sein. Sie klagten über Knochenbrüche, Bewusstlosigkeit, Geschlechtskrankheiten, über bleibende Schäden nach Abtreibungen. Die Studie hält fest, dass bei vielen Frauen während ihrer traumatisierenden Zeit in den Bordellen chemische Reaktionen im Gehirn ablaufen, die die Wahrnehmung stören. Sie könnten sich später nur noch lückenhaft an ihre Zeit als Zwangsprostituierte erinnern.

In Plauen, in der Küche von Karo, sitzen jetzt drei ehemalige Zwangsprostituierte. Sie essen Bratwürste, lachen, rauchen, und sie erhalten hier langsam wieder so etwas wie menschliche Würde zurück. »Das Grundvertrauen dieser Mädchen wurde erschüttert«, erzählt Ludmilla Irmscher. Jetzt bereiten sie sich auf einen Deutschkurs vor. Die Lehrerin fragt, »wie ich die Damen ansprechen darf«. Ein Hausmeister schließt die Tür, »damit nicht alle reinglotzen«. Dann lernen sie das deutsche Alphabet.

Eine Frau hat nur noch ein paar Zähne, eine andere erzählt, sie wohne nun widerwillig bei ihrem ehemaligen Stammfreier, einem bayerischen Arbeiter. Das dritte Mädchen, eine Rom, bringt nur Wortfetzen hervor. Ob sie das Sprechen verlernt oder nie erlernt hat, wissen die Sozialarbeiterinnen nicht. Die Frau wurde von einem Touristen im

Grenzwald gefunden. Sie sei durch Bordelle in halb Europa gekarrt worden, erzählt Irmscher. In Paris sei sie mit anderen Mädchen in einem Keller gelandet. Sie habe etwas von »Morden« erzählt. Es sei unklar, was sie damit meine.

Wie viele Opfer von Frauenhandel es in Deutschland gibt, kann niemand seriös angeben. Heidemarie Rall, Expertin für Frauenhandel des Bundeskriminalamtes (BKA), sagt: »Jede Schätzung ist unseriös.« Nur eines steht auch für sie fest: Die 642 Opfer (etwa 20 Prozent davon sind Deutsche), die das BKA im vergangenen Jahr erfasst hat, sind nur ein winziger Ausschnitt.

Fachleute weisen auf ein Problem, das durch Freierbestrafung nicht gelöst werden wird: die Betreuung der Frauen. »Wenn wir Freier bestrafen und diesen Sklavenmarkt aufbrechen wollen, dann müssen die Opfer geschützt werden. Die meisten fühlen sich völlig eingeschüchtert«, sagt Ludmilla Irmscher von Karo. Die Konsequenz: Nur fünf Prozent von ihnen sind bereit, vor Gericht auszusagen. Die meisten tauchen ab, werden abgeschoben oder sind so traumatisiert, dass ihre Aussagen nicht zu gebrauchen sind. »Wir haben hier Afrikanerinnen begleitet, die glaubten, verzaubert worden zu sein«, erzählt Julia Grohn, Rechtsanwältin und Koordinatorin der Zentralen Koordinierungs- und Beratungsstelle für Opfer von Menschenhandel in Niedersachsen. Auch die Polizei kennt die Nöte. »Ein Kilo Heroin«, sagt Heidemarie Rall vom BKA, »kann ich in den Schrank legen und bei Bedarf als Beweismittel vorlegen. Ein Opfer von Frauenhandel muss psychologisch stabilisiert werden.«

Doch auch die zuständigen Behörden ziehen längst nicht immer an einem Strang. Während Ausländerbehörden die »Illegalen« gerne schnell abschieben, kämpfen die Ermittler für einen längeren Aufenthalt, weil sie die Opfer in jahrelangen Prozessen als Zeugen brauchen. Opfervereine wiederum beklagen mangelnde Sensibilität der Bürokratie. »Die Frauen fühlen sich manchmal wie Beschuldigte. Viele werden nur so lange gut behandelt, wie sie gebraucht werden«, sagt Ulrike Gatzke vom Hamburger Verein Koofra, der Opfer von Menschenhandel betreut. Vor den Behörden, erklärt Opferanwältin Grohn, »müssen sie dann Dutzende Male jede Kleinigkeit schildern – sogar die Farbe ihrer Unterwäsche, die sie vor Jahren getragen haben«.

Zurück nach Moabit, in den Saal 537 des Landgerichts. Irina Nabreko, die als »Sklavia« dienen musste, hat dem Senat noch einmal jedes Detail ihres Martyriums geschildert. Ihr Zuhälter, sagt Opferanwältin Petersen, werde dennoch nur »einen Witz an Strafe bekommen«. Milde spürte auch der Menschenhändler, der die Brasilianerin Eva Santora misshandelte und die Russin Martina Breslowska verkaufte. Das Gericht verurteilte ihn zwar zu drei Jahren und sechs Monaten Haft, der Täter darf die Strafe aber vermutlich im offenen Vollzug ableisten. Der Vorwurf, er hätte die Frau vergewaltigt, erzählt Petersen, sei nach einem Deal zwischen Anklage und Verteidigung fallen gelassen worden, »ohne dass das Opfer auch nur als Zeugin geladen worden wäre«. Die Frau kämpft nun um Schmerzensgeld. Der Täter aber betreibt noch immer sein Bordell. So, sagt Anwältin Petersen, »sieht der alltägliche Sklavenhandel in Deutschland aus«.

* Die Namen sind von der Redaktion geändert

© DIE ZEIT, 28.09.2006 Nr. 40

Ende des Straßenstrichs

In Schweden ist der Sexkauf grundsätzlich verboten. Verschwunden ist die Prostitution damit noch lange nicht. *Von Werner A. Perger*

Schwedens Antiprostitutionsgesetz gehört voraussichtlich zu jenem Teil der sozialdemokratischen Erbschaft, den die künftige bürgerliche Regierung nicht antasten wird. Zwar hatten die konservativen Sieger der Wahl das Gesetz aus dem Jahr 1999 seinerzeit bekämpft. Doch das Verbot, sexuelle Dienstleistungen zu kaufen, hat in Schweden inzwischen hohen Symbolwert. Umfragen zeigen große Zustimmung – bei Männern wie Frauen.

Aus Sicht der Schweden handelt es sich um ein Pioniergesetz, vergleichbar dem gesetzlichen Verbot der körperlichen Züchtigung von Kindern, auch durch die Eltern, in den siebziger Jahren. »Alle Welt hat damals über uns gelacht«, sagt man im Justizministerium in Stockholm, »inzwischen hat das Gesetz weltweit Schule gemacht.«

Dieses neue Gesetz aber, das den Kauf von Sexualität unter Strafe stellt, hat bisher noch keiner kopiert. Die legislative Initiative, die den Freier – nicht die Hure – zum Gesetzesbrecher macht, hatte zwar sogleich weltweites Interesse geweckt. Vom fernen Australien und Neuseeland bis zu den nahen skandinavischen und baltischen Staaten kamen Delegationen, um wieder einmal ein »schwedisches Modell« zu studieren. Zur Nachahmung sah sich bisher aber noch kein Staat veranlasst, sei es, weil die Erfolge des Gesetzes nicht überzeugend genug waren, sei es, weil es sich politisch nicht durchsetzen ließ.

Zum Beispiel Finnland: Die Regierung in Helsinki – eine Große Koalition – unternahm zwar im vergangenen Jahr als erste einen ernsthaften Anlauf, dem schwedischen Beispiel zu folgen, nicht zuletzt, um den organisierten Zuzug von Prostituierten aus dem Baltikum zu stoppen. Doch so radikal wie die Schweden wollten die Finnen schließlich nicht vorgehen. Das Geschäft mit der Prostituierten an sich bleibt in Finnland straffrei, solange die »Dienstleistung« nicht auf Menschenhandel oder gewerbsmäßiger Kuppelei (Bordell, Internet-Ring) beruht. Das Gesetz tritt am 1. Oktober in Kraft. Mit dem schwedischen Modell hat diese Version allenfalls noch die ursprüngliche Idee gemeinsam.

Einige der Argumente gegen das totale Sexkauf-Verbot hatten freilich schon in der schwedischen Debatte eine Rolle gespielt, vor allem die Zweifel an der Wirksamkeit. Sie sind auch in Schweden nicht entkräftet. Mit Ausnahme der Tatsache, dass die Straßenprostitution aus dem öffentlichen Leben praktisch verschwunden ist, was viele Bürger begrüßen, lässt sich eine nachhaltige Wirkung auf den anderen Gebieten schwer nachweisen. Ob die sexuelle Ausbeutung von Frauen durch Zuhälter zurückgegangen ist, wurde noch nicht belegt. Und dass dem Mädchenhandel, vornehmlich aus Osteuropa, durch das schwedische Gesetz die Basis entzogen ist, kann niemand behaupten. Die Prostitution sei, so die Experten, nur von der Straße in den Untergrund gegangen. Dafür gibt es immerhin Indizien: Die Strafverfolgung von Freiern weist in der Statistik seit dem Inkrafttreten des Gesetzes für das Jahr 2005 mit 460 registrierten Strafverfahren (94 Verurteilungen, davon 48 vor Gericht) einen ungewöhnlichen Spitzenwert aus. Die Erklärung: Zum ersten Mal wurden im siebten Jahr der Geltung des Freierverbotsgesetzes gezielte Razzien in Geheimbordellen und bei Internet-Anbieterinnen durchgeführt und für die Strafverfolgung hilfreiche Kundenkarteien gefunden.

Was den Mädchenhandel angeht, so ist das Problem bestenfalls verdrängt worden. Daneben spielten in den schwedischen und finnischen Debatten auch die tatsächlichen Schwierigkeiten bei der praktischen Strafverfolgung eine Rolle. Wie beweist man den Sexkauf? Die Fahnder müssen den Anbieter (Mann oder Frau) und dessen Kunden auf frischer Tat ertappen, zugleich beweisen, dass für den Akt bezahlt wurde, die beiden – Prostituierte(r) und Freier – also nicht etwa eine private Beziehung unterhalten. »Dass die beiden zusammen zum Geldautomaten gegangen sind und dann ein Betrag übergeben wurde«, so beschreibt ein Justizexperte das praktische Problem, »beweist noch nichts, wenn man das Paar nicht anschließend in flagranti erwischt.«

Und selbst dann ist die Beweislage kompliziert, sollten die Beteiligten sich auf eine gemeinsame Geschichte verständigen. Das erklärt auch den in der Regel höheren Anteil an Verwaltungsstrafen, mit denen die angezeigten Freier sich das öffentliche Gerichtsverfahren ersparen, selbst wenn sie dort einen Freispruch erreichen könnten.

Dennoch bleibt das Gesetz für die Schweden ein Kernstück ihres Konzepts der Gleichheit von Mann und Frau. Tatsächlich stand am Anfang die Debatte über politische und gesetzliche Maßnahmen zur Bekämpfung häuslicher Gewalt, deren Opfer auch in Schweden fast ausnahmslos Frauen waren und sind. Das Gesetz gegen Freier, das in der Folge erlassen wurde, ist also letztlich ein Gesetz zum Schutz von Frauen.